**Beschluss(Resolutions-)Antrag**

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Manfred JURACZKA und MMag. Dr. Gudrun KUGLER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.06.2016 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Umwelt und Wiener Stadtwerke)

# betreffend Subventionsbericht der Stadt Wien

Die Gemeinde Wien vergibt jedes Jahr Subventionen in der Höhe von mehreren hundert Millionen Euro. Die Entscheidung über die Subventionsvergabe erfolgt in den politischen Gremien der Stadt Wien. Die Bearbeitung, Beurteilung der Subventionsansuchen, die Antragstellung an die Organe sowie die Abwicklung der Subventionsgewährung erfolgt durch den Magistrat. Da es auch immer wieder Subventionsempfänger gibt, die aus mehreren Geschäftsbereichen Subventionszahlungen erhalten, ist ein Überblick über sämtliche tatsächlich zugesprochene Mittel des Abrechnungsjahres aus öffentlichen Geldern wünschenswert. In einem solchen Bericht sollten auch sämtliche Subventionsleistungen, von Betrieben die sich im Eigentum der Stadt Wien befinden, aufgelistet werden. Im Sinne einer sparsamen Verwaltung, könnten damit etwaige Mehrfachförderungen aufgedeckt bzw. vermieden werden.

Darüber hinaus werden beispielsweise von Subventionswerbern die von der Stadt Wien erhaltenen Gelder an andere Vereine und -veranstalter als Subventionen weiterverteilt. Die Entscheidungswege über die Bewertung und Höhe dieser Subventionsmittel sind für die Öffentlichkeit weder nachvollziehbar noch gegenüber der Stadt transparent gestaltet.

Subventionen wurden heuer zwar erstmals in einem Subventionsbericht dargestellt. Leider ist darin wieder nicht jene Transparenz und Schlüssigkeit gegeben, die ein solcher Bericht eigentlich erfüllen sollte.

So werden lediglich jene Subventionsbeschlüsse aufgelistet, die vom Gemeinderat im Rechnungsjahr gefasst wurden, unabhängig davon ob die beschlossenen Summen im selben Jahr oder verteilt auf die kommenden Jahre als Subventionen ausbezahlt werden. Dass führt dazu, dass Subventionen in Millionenhöhe, wie beispielsweise jene der Vereinigten Bühnen Wien für das laufende Jahr 2015 gar nicht aufscheinen, da der Beschluss einer Dreijahresförderung für die VBW bereits 2014 gefasst wurde. Der vorgelegte Subventionsbericht weist also nicht die im Abrechnungszeitraum ausgezahlten Subventionen aus.

Auch werden, dadurch dass lediglich die Beschlüsse des Gemeinderats und des jeweiligen Gemeinderatsausschusses aufgelistet werden, bei den beschlossenen Rahmenbeträgen nicht die tatsächlichen Subventionsnehmer aufgelistet. So ist also eine transparente Nachvollziehbarkeit wer, wie viel und wofür Subventionen der Stadt Wien erhält, nicht gegeben.

Auch fehlt eine präzise Definition, welche Subventionen und Zuschüsse in dem Bericht aufgelistet werden und welche Zahlungsflüsse nicht.

Einige Bundesländer (bspw. Salzburg) und Gemeinden (wie Linz oder Mödling) veröffentlichen gemäß den Grundsätzen einer transparenten Verwaltung einen jährlichen Subventionsbericht, der übersichtlich und detailliert alle Subventionen und Transferzahlungen auflistet. Es sollte selbstverständlich sein, dass auch die Stadt Wien eine derartig vorbildliche Berichterstattung vorlegt.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschlussantrag:**

Die Stadt Wien möge einen jährlichen Bericht vorlegen, der alle tatsächlich geleisteten Subventionen des vergangenen Berichtsjahres (Empfänger, Höhe der Summe, Subventions-zweck, subventionsvergebende Stelle) der Gemeinde Wien übersichtlich auflistet und öffentlich einsehbar macht.

Des Weiteren mögen auch dem Wiener Gemeinderat oder zumindest den Mitgliedern des jeweiligen Gemeinderatsausschusses eine Auflistung jener Institutionen und Personen vorgelegt werden, die um eine Subvention angesucht haben, die aber ohne Befassung der politischen Gremien vom Magistrat abgelehnt wurde. Diese Liste sollte auch eine kurze Begründung der Ablehnung beinhalten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

###### Wien, 28.06.2016